

Dresdner Volkszeitung

Postfachnummer: 2674, Baden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort: Dresden, Seifritzgasse 10.

Abonnementpreis einschließlich Fracht und Post 2,75 M., durch den Postweg 2,85 M., unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Seifritzgasse 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Seifritzgasse 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kopfzeile 1,80 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 9-spaltige Restzeile 4,80 M., einschließlich Inlandsteuer. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Vorabsetzung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 73

Dresden, Montag den 29. März 1920

31. Jahrg.

Was wird im Ruhrrevier?

Die neue Reichsregierung

Berlin, 27. März. Amlich. Nachdem das Kabinett Bauer zurückgetreten war, hat der Reichspräsident den Minister des Auswärtigen mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Diese Kabinettsbildung hat zu folgendem Ergebnis geführt: Reichskanzler: Müller, der einstweilen Minister des Auswärtigen bleibt und mit seiner Vertretung im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes im Verhältnis zum Unterstaatssekretär General von Dauterive beauftragt ist. Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsminister des Innern: Koch. Reichsminister der Finanzen: Brüning. Reichsminister der Justiz: Brüning. Reichsminister des Reichswirtschaftsministeriums: Brüning. Reichsminister der Reichswirtschaftsminister: Brüning. Reichsminister der Reichswirtschaftsminister: Brüning. Reichsminister der Reichswirtschaftsminister: Brüning.

verrat vertritt und dafür kann und darf es keine Hilfe geben. Alle Beschlüsse am Rapp-Küppers-Buch müssen erhaltungslas auf den Kammern entfallen und ohne Revision entfallen werden; die Hauptschuldigen, die Verführer, gehören dem Reichskriegsamt. Bisher haben die Verfassungskämpfer ihren Sieg den Hauptteil der Weiden und Opfer zu tragen gehabt. Jetzt aber hat die Stunde der Abrechnung geschlagen, und sie muß glücklich erfolgen, sollen nicht die Herren Reaktionen die Lust zur Wiederholung ihres Strolches behalten. Die Verfolgung muß rücksichtslos ohne Rücksicht auf den Person durchgeführt werden. Einer der Hauptverführer ist zum Beispiel der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete v. Kessel, der neben seinen verbrecherischen Taten noch die Unverschämtheit begangen hat, Spotttelegramme an die Reichsregierung zu richten. Gestützt auf Rapp-Küppers hat er die Regierung für abgesetzt und die Landesparlamentarier für aufgelöst erklärt, aber sofort nach dem Scheitern des Putschs sich auf seine Immunität als Mitglied der Landesparlamentarier zu berufen. Die deutsch-nationale Presse nennt die Staatsfeinde „Völkler“, waren den Herrn von Jansow, der den traurigen Part hat, in der Presse bekannt zu geben, daß er sich dem Reichsgericht nicht stellen werde. Hoffentlich wird die Regierung ihn und die anderen Verbrecher zu finden verstehen und den Herren Gelegenheit geben, ihr Verbrechen gründlich zu beweisen.

Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der bestehenden Gewalt näher bestimmt. 5. Sofortige Freigabe der Gefangenen. Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der bestehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur völligen Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände. Berlin, den 28. März 1920.

Keine Einstellung des Kampfes

Eigene Drahtmeldung. Essen, 29. März. Im Anschluß an die Hauptverhandlungen führen drei Delegierte nach Mühlheim zu den militärischen Vertretern der roten Truppen. Es gelang ihnen aber nicht, sie zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam folgendes Ergebnis zustande: Die militärischen Befehlshaber stehen auf dem Standpunkt, daß weiter gekämpft wird und daß nur die Waffen entscheiden werden. Wir kämpfen weiter, sind aber zu Verhandlungen während des Kampfes bereit. Die Verhandlungen sollen sofort in Mühlheim an der Ruhr aufgenommen werden. Delegierte der Fronten können gemeinsam mit dem Zentralrat Verhandlungen führen. Die Vertreter der Front verlangen über die Bielefelder Vereinbarungen hinaus billige Entlastung und Auflösung der Reichswehr und Errichtung einer Volkswehr aus Arbeitern, an die alle Waffen abzugeben sind.

Gegen anarchistischen Terror

Eigene Drahtmeldung. Hagen, 29. März. In einer Versammlung der drei sozialistischen Parteien von Hagen, Schwelm, Herlitz, Lüdenscheid, Witten, Lennep und Hemmelt wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die organisierten Arbeiter werden sich gegen den Terror sowohl von links als auch von rechts und setzen sich von der Zentrale von Mühlheim los. Sie sind bereit, äußerstenfalls mit den Waffen unter republikanischer Führung gegen Wilhelm zu kämpfen, weil deren anarchistische Handlungsweise eine Gefahr für den Industriebezirk bedeutet.

Reichswehrtruppen für das Ruhrgebiet

Berlin, 29. März. Über die Entsendung der Truppen im Ruhrrevier und die Maßnahmen, die von der Regierung für notwendig gehalten werden, um die Situation endgültig zu klären, erzählt das Berliner Tageblatt von unterrichteter Seite: Das Bielefelder Abkommen, das von beiden Parteien als Grundbedingung dargelegt wurde, ist nach längerer Debatte auch in der Versammlung der Volksräte in Essen anerkannt worden. Zudem hat eine Reihe örtlicher Aktionskomitees sich an diese Beschlüsse nicht gehalten und das Unternehmen der radikalen Elemente gegen Weisel ist ausschließlich auf die Rechnung dieser gegen jedes Recht auf Weisel vorgehenden roten Truppen zu setzen. Als Zentrale der anarchistischen Bewegung ist Mühlheim anzusehen, wo sich die Leitung der roten Armee befindet hat und von wo die Operationen geleitet werden.

Eine Aufforderung der Regierung

Berlin, 29. März. Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Ruhrrevier folgende Forderungen gestellt: Die Regierung hat durch die Bielefelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen wurde nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlimmert. Zahlreiche Ausschüsse aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesem Gebiet herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürherrschaft zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzuführen, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, ausreichende Sicherheit für den militärischen Befehlshaber des Ruhrgebietes VI, Generalleutnant v. Watter in Küniger, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen: 1. Uneingeschränkte Anerkennung der bestehenden demokratischen Staatsverfassung, 2. Wiederbeurteilung der staatlichen Verwaltung und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintritten für die Rapp-Küppers-Regierung beauftragt sind, 3. sofortige Auflösung der roten Armee, 4. billige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerviertel unter Aufsicht der rechtmäßigen Staatsorgane. Die Frist und Zeit der

Eine Schlacht gewonnen

heißt noch lange nicht, einen Krieg gewonnen. Die Schlacht gegen die Rapp & Co. wandte sich rasch zu unsern Gunsten. Aber der Krieg gegen die Reaktion ist damit noch nicht entschieden. Er wird ausmünden in einen Wahlkampf von einer Heftigkeit, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt hat. Da gilt es für die Arbeiterschaft, die Waffen zu schärfen.

Genossen, Leser, Anhänger! Denkt an eure Zeitung! Denkt daran, daß sie euch in allen schweren Stunden als Banner voranflieg, als Herold und Wegebahner vorausstürmte. Erhöht die Schlagkraft und Fernwirkung eures Kampforgans, indem ihr unsre Anhänger vermehrt. Wir werden den Krieg gegen die Reaktion gewinnen, wenn alles, was sich zu Freiheit, Demokratie und Sozialismus bekennt, alle Kräfte anstrengt.

Jeder neue Leser unsrer Parteipresse kräftigt unsre Partei, stärkt unsre Front. Darum werbt unablässig und unermüdlich für die

Dresdner Volkszeitung.

Die Bildung der Reichsregierung ist nun endlich gelungen. In ihrer Mehrzahl setzt sich die neue Regierung aus denselben Personen zusammen wie die alte. Von unsern Parteigenossen ist nur Kossel ausgeschieden. Von den Demokraten ist der Reichsminister Brüning neu. Das Zentrum hat zwei neue Leute, den Reichsfinanzminister Brüning und den Reichsernährungsminister Hermes. Wir hätten gewünscht, daß die Stellung gegen rechts in dem neuen Kabinett auch in der Zusammenfassung mehr zum Ausdruck gekommen wäre, als das geschieht ist. Aber die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung waren sehr groß und es kam vor allem darauf an, jede Verzögerung des Zustandekommens des Kabinetts zu vermeiden. Schließlich ist ein Kabinett, das nicht ganz so ist, wie das wünschenswert wäre, immer noch besser wie gar kein.

Wir bedauernlich hatten wir es, daß sich in unserer Reaktion niemand gefunden hat, der bereit gewesen wäre, die freilich nicht leichte Aufgabe des Kossel anzunehmen, und es geht uns auch nicht, daß das Reichsernährungsministerium dem Reichswirtschaftsministerium abgetrennt und einem Zentrumsmann übergeben worden ist. Bekanntlich hat Bischoff immerzu sehr entschieden verlangt, daß Reichsernährungsministerium in die Reichswirtschaftsministerien in einer Hand bleiben. Das erscheint uns auch sehr geboten, denn die Ernährungsminister hat in zu engem Zusammenhang mit unserer ganzen Wirtschaftspolitik, und es besteht nur zu leicht die Gefahr, daß die beiden Ministerien gegeneinander arbeiten. Im übrigen ist der neue Mann ein unbeschriebenes Blatt. Er war bisher Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt. Über seine Stellung zu den Hauptfragen unserer Ernährungsminister ist nichts bekannt. Sollte er versuchen, neue Experimente mit der Förderung der Zwangswirtschaft zu machen, so würde er auf einen entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Er sollte sich damit ja auch in Widerspruch zu den Forderungen der Gewerkschaften, die eine möglichst weitgehende Erhaltung der vorhandenen Nahrungsmittelvorräte verlangen.

Im übrigen wird man die Taten des Kabinetts abwarten müssen. Unsere Reichsminister stehen vor ungeheurer schwerer Aufgabe. Sie haben das große Endergebnis wert, besonders bei der Reichswehr, vorzunehmen, und der neue Reichswehrminister, der ein energischer Mann sein soll, wird alle seine Kraft anwenden müssen, um dort recht gründlich aufzuräumen.

Vermutlich wird die Lebensdauer des Reichsministeriums in der jetzigen Zusammenfassung keine sehr lange sein. Wahrscheinlich ist, daß wir spätestens nach den nächsten Wahlen, die nach einer heute vorliegenden Meldung schon am 30. Mai stattfinden sollen, wieder vor einer Regierungsneubildung stehen werden. Kostspielig ist es dann möglich, ein Ministerium zustande zu bringen, dessen Bildung einem sehr deutlichen Ruf nach links darstellt. Das wird einmal davon abhängen, ob bei den Unabhängigen weiter die Einsicht wächst, daß sie der Arbeiterschaft am besten dienen können, wenn sie sich entschieden auf den Boden der Demokratie stellen und daraus alle notwendigen Folgerungen ziehen. Die Hauptfrage freilich ist es, daß den nächsten Wahlen der Reichstag so zusammengebracht ist, daß für eine sehr energische demokratische sozialistische Politik eine geschlossene Mehrheit vorhanden ist. Ob die Wahlen schon im Mai stattfinden oder erst im Herbst, wie werden jedenfalls einen Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit zu führen haben. Für die Arbeiterschaft wird es gelten, alle Kräfte anzuspannen, damit der nächste Wahltag ein Siegstag für das deutsche Proletariat wird.

Was Berlin wird uns geschehen: Die Wiedereinführung der politischen Verhältnisse ist vor allem eine unüberwindliche Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Reaktionen sind schon wieder recht übermächtig. Sie glauben vielleicht, daß sie dank der Langsamkeit und Milde des deutschen Volkes wieder so rasch davonkommen werden wie nach dem November 1918. Aber das kann nicht sein. Es ist schon längst bekannt, daß die Arbeiterklasse sich nicht wieder am deutschen Völkchen begnügen werden, sondern im Rahmen der damals bestehenden Verhältnisse nach unsreren Wünschen gehandelt haben. Jetzt aber ist die Stunde gekommen.